

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Zugang zum deutschlandweiten einheitlichen und kostenfreien Notruf für Frauen und Mädchen weiter verbessern**

Übergriffe auf Frauen und Mädchen im öffentlichen und privaten Raum sind immer noch an der Tagesordnung. Diese erlittene Gewalt ist für die Betroffene ein Angriff auf Körper und Seele und somit außerordentlich verstörend und beschämend. Deshalb muss für die Opfer solcher Übergriffe der Weg für eine schnelle Anzeige und Hilfe gewährleistet sein.

Frauen und Mädchen, die Übergriffe erleiden, haben seit dem 6. März 2013 die Möglichkeit, sich an einen bundesweit einheitlichen Notruf zu wenden.

Das „Hilfetelefon GEWALT GEGEN FRAUEN“ ist das erste bundesweite Beratungsangebot für Frauen, die von Gewalt betroffen sind. Unter der Telefonnummer 08000 116 116 und via Onlineberatung können sich Betroffene, aber auch Angehörige, Freundinnen und Freunde sowie Fachkräfte anonym und kostenfrei beraten lassen. Qualifizierte Beraterinnen stehen den Anrufenden vertraulich zur Seite und vermitteln auf Wunsch an Unterstützungsangebote vor Ort. Bei Bedarf werden Dolmetscherinnen in 15 Sprachen zum Gespräch zugeschaltet.

Menschen in Not kann aber nicht zugemutet werden, eine elfstellige Telefonnummer zu speichern und dann in einer Stresssituation zu wählen. Deshalb sollte die bundeseinheitliche Nummer aus nur drei Ziffern bestehen.

Über das Telekommunikationsgesetz (TKG) sind die Nummernräume festgelegt. Die neue dreistellige Rufnummer sollte aus dem Kreis der für Sonderdienste reservierten, mit einer Eins beginnenden Nummer kommen und ähnlich dem Feuerwehr- oder Polizeinotruf eine einfache weitere Kennung erhalten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Hilfetelefon zukünftig mit einer freien dreistelligen Kennung, vergleichbar dem Polizei- oder Feuerwehrnotruf, erreichbar ist.

Sybille Bösch, Klaus Möhle,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Henrike Müller, Dr. Kirsten Kappert-Gonther,
Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen